

Waldbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Waldbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbmonatlich 65 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.50 Mk.; Einzelnummern 10 Pf. Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenburg Zweigt. Waldb. ; Bankkonto: Enzthalbank Komm.-Gel. Haberle & Co. Waldb. ; Postkassentonto Stuttgart, 29 174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Petitzeile oder deren Raum im Bez. Grundpr. 12 Pf., ausseh. 15 einschl. Inf.-Steuer. Reklamezeile 30 Pf. ; Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auktionsverteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. ; Schluss der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. ; In Konfliktfällen od. wenn gerichtl. Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachschlagewähr. weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gack in Waldbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 221

Nummer 42

Februar 179

Waldbad, Freitag, den 20. Februar 1925

Februar 179

60. Jahrgang

Eine Herausforderung

Rumänische „Sanktionen“

Die internationale Unfruchtbarkeit von Versailles geht immer von neuem auf. Kleine Staaten, die es nie gewagt hätten, Deutschland über die Achsel anzusehen, spielen sich heute als Sieger auf und drohen nach dem glorreichen französischen Vorbild mit Sanktionen, wenn ihnen gerade etwas nicht paßt. Polen verjucht es im obereschlesischen Krieg, Rumänien scheint jetzt sein Mütchen an den in seinem Gebiet lebenden Reichsdeutschen kühlen zu wollen.

Die rumänische Regierung erwartet eine deutsche Antwort auf ihre letzte Note. Damit diese Antwort möglichst nach den Wünschen der Bulareiser Diplomatie ausfalle, hat man in Rumänien sämtliche dort befindlichen deutschen Vermögenswerte auf eine Art Achtungsliste gesetzt. Freisen die Berliner nicht demütig aus der Hand, so werden die deutschen Vermögenswerte beschlagnahmt. Eine Art verschärfster Ruhrkrieg soll die Folge sein.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Es handelt sich bei dem neuesten Vorgehen Rumäniens nicht um die siebenbürgischen Sachsen — das ist ein aufreizendes Kapitel für sich — sondern wie gesagt, um Reichsdeutsche. Daß aber die rumänische Drohung mit dem Wirtschaftskrieg kein leerer Bluff ist, zeigt sich darin, daß die beiden größten deutschen Niederlassungen in Rumänien, die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und die Siemens-Schuckert-Werke, ihre Unternehmungen in rumänische Hände überleiten wollten, also damit die Flinte ins Korn werfen. Natürlich wird in Bukarest versucht, die Schuld des „Angefangenhabens“ auf die Deutschen abzuwälzen. Man verbreitet Gerüchte, daß mehrere deutsche Banken einen hinterlistigen Angriff auf den nunmehr glücklich gefestigten Lei unternommen hätten. Nichts davon ist wahr. Die ganze Ueberheblichkeit des groß gewordenen Kleinen geht aber daraus hervor, daß Rumänien einseitig beschlossen hat, die diplomatischen Vertreter beider Staaten nach Hause zu schicken, wenn Deutschland nicht sofort klein beigibt.

Es kommt aber noch schlimmer. Unter der Bezeichnung „Repressalien gegen Deutschland“ werden zurzeit Reichsdeutsche, die schon lange in Rumänien ansässig sind und Rumäninnen geheiratet haben, ausgewiesen. In brutalster Weise holt man sie nachts aus den Betten, reißt sie aus ihrer Familie, sperrt sie ein und schafft sie in wenigen Stunden an die ungarische Grenze. Ja, es wird sogar gemeldet, daß die rumänischen Behörden diesen Deutschen die Ausweispapiere und Geldmittel fornehmen, damit sie in Ungarn als verdächtige Fremde ins Schubhaus gebracht werden.

Von diesen bedrohlichen Nachrichten wird vielleicht die eine oder andere widerrufen. Das meiste wird traurige Wahrheit bleiben. Wegen eines Streites zwischen den Regierungen greift ein sogenanntes Kulturland zu den barbarischsten Gewaltmaßnahmen gegen Privatpersonen, zu Methoden, wie unsere Feinde im Krieg sie angewendet haben. Allgemein schämt man sich heute solcher Kriegsverirrungen. Rumänien blieb es vorbehalten, die läbliche Gepflogenheit der Ausweisungen und des Vermögensraubs wieder aufleben zu lassen. Aber Rumänien hat ja mit einem Großen in Europa seinen geheimen Schutz- und Truhvertrag. Dieses Bündnis wurde vor nicht langer Zeit anlässlich des rumänischen Mitteln dabei, aus seiner immer mehr abbröckelnden nicht nur ein Gegenstück zum tschechisch-französischen Vertrag, mit dem es in vielen Einzelheiten Ähnlichkeit hat, sondern es stellt sich dar als ein Teil der großen französischen Neuordnung Europas, die darauf abzielt, in Deutschlands Rücken einen furchtbaren Ring zu schmieden. Frankreich weiß, daß Deutschland mit seinen Volksteilen in verschiedenen Ländern (auch mit den 90 000 siebenbürgischen Deutschrumänen) ein Hundertmillionenvolk sein kann, wenn einmal die Stunde seiner wirklichen Selbstbestimmung schlagen sollte. Frankreich ist mit allen militärischen, finanziellen und diplomatischen Mitteln dabei, aus seiner immer mehr abbröckelnden Rationalität von kaum 40 Millionen ebenfalls ein Hundertmillionenvolk zu schaffen. Zu seinen wichtigsten Hilfsdörtern gehören die Rumänen.

Neue Nachrichten

Das Kabinett Marx vor dem Landtag

Die Regierungserklärung

Berlin, 19. Febr. In der gestrigen Sitzung des preussischen Landtags stellte Ministerpräsident Dr. Marx das neue Kabinett vor. (Die Kommunisten rufen: „Ruhrschieber!“) Er gab sodann eine Erklärung ab, der zu entnehmen ist:

Für jeden nationalen Deutschen ist die Festigung der deutschen Reichseinheit selbstverständlich. Daneben müssen die Rechte der Länder gestärkt und festgelegt werden. Die Landwirtschaft muß die ihr zukommende Förderung

Tagespiegel

Nach einer Mitteilung des englischen Kriegsministers Coates im Unterhaus hatte die englische Besatzung in Deutschland am 1. Februar eine Gesamtstärke von 8810 Mann. Die von Deutschland zu tragenden Kosten im Jahr 1924 werden auf 30 Millionen Goldmark geschätzt.

Der Geschenkwurf zur Einführung der einjährigen Dienstpflicht soll der französischen Kammer am 20. März zugehen.

erfahren, die Ernährung der Bevölkerung muß sichergestellt werden. Die Lage der Finanzen erfüllt das Staatsministerium mit Sorgen, die Pläne der Reichsregierung bedeuten eine ernste Gefährdung der Finanzen des preussischen Staats. Dem notleidenden Teil der Landwirtschaft, des gewerblichen Mittelstands und des Handwerks muß durch Kredite geholfen werden. Eine Reform des höheren Schulwesens und Neugestaltung der Lehrerbildung müssen durchgeführt werden. Die Schule muß den Geist höchsten Christentums praktisch lebendig machen. Die Bindungen der Wohnungswirtschaft müssen baldmöglichst beseitigt werden. Die Regierung wird die Einführung der Arbeitslosenversicherung nachdrücklich unterstützen und die Obadenerweise für politische Vergehen mit möglichst weitgehendem Wohlwollen prüfen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung bedarf es einer starken, unbedingt verfassungstreuen Polizei. Der Haß um die Staatsform muß zurückgestellt werden zu dem Ziele, auf dem Boden der republikanischen Verfassung das allgemeine Wohl zu fördern. Die Staatsverfassung soll geschützt werden. Auch die Beamenschaft muß sich ihrer Pflicht bewußt sein, daß sie in ihrem Amt die Verfassung gegen jedermann mit allen Mitteln in Schutz zu nehmen habe.

Die Parteierklärungen

Nach der Verlesung der Regierungserklärung gab Abg. Winkler namens der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei eine Erklärung ab: Die Deutschnationalen, mit denen über die Aufstellung des Herrn Marx als Ministerpräsidenten nicht verhandelt wurde, haben ihm auf eine Anfrage mitgeteilt, daß sie grundsätzlich für die von ihm gewünschte Volksgemeinschaft, eine Zusammenfassung aller auf christlichem, nationalem und sozialem Boden stehenden Volkskräfte eintreten. Aber das Ministerium, das Marx dann gebildet habe, stehe im Gegensatz zu dieser Auffassung und müsse als eine Herausforderung der hinter ihnen stehenden Volksklassen betrachtet werden, da es die Vertreter der Volkskräfte, denen christliche, vaterländische und soziale Verständigung das Erste ist, von der Mitarbeit ausschließe. Dagegen stüße sich auch dieses Ministerium wieder auf die Partei des Klassenkampfes, die sich zur Regierung als völlig unfähig erwiesen habe. Es hätten zunächst alle Möglichkeiten erschöpft werden müssen, um ohne Neuwahl zu einer staatsbürgerlichen Regierung zu kommen, wenn eine solche aber in kürzester Frist nicht zustandekommt, bleibt nur der Ausweg der Neuwahlen. Dem neuen Kabinett werden die Deutschnationalen das Vertrauen versagen und dieses wie jedes Ministerium, in dem der deutschnationale Fraktion der ihrer Stärke zukommende Einfluß vorenthalten werde, mit allen parlamentarischen Mitteln bekämpfen.

Abg. v. Campe erklärt, die Deutsche Volkspartei könne der Regierung Marx kein Vertrauen entgegenbringen; die neue Regierung entspreche in keiner Weise dem Gedanken einer Volksgemeinschaft.

Abg. Schmidt-Lichtenberg (Z.) bestreift, daß die jetzigen Regierungsparteien die Regierungskrise verschleppt haben. Wenn die Deutsche Volkspartei dem Kabinett Marx ihre Unterstützung versage, so stelle sie den Parteienfanatismus höher als die Liebe zum Vaterland.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag.

Im preussischen Landtag wurde ein Zentrumsantrag eingebracht, daß das Schießen in allen Fethkohlenlözen mit Schlagwettererscheinungen verboten werden soll, da vermutet wird, daß das Unglück auf der Zeche „Minister Stein“ durch einen Schuß verursacht worden sei.

Die Pariser Blätter sind der Meinung, das Kabinett Marx werde keinen langen Bestand haben. Es wäre überhaupt nicht zustandegekommen, wenn Stresemann nicht besorgt, daß mit dem Kabinett Marx auch das Reichskabinett Luther stele.

Mißtrauensanträge im preussischen Landtag

Berlin, 19. Febr. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei werden im Verein mit den Nationalsozialisten Mißtrauensanträge gegen einzelne Minister des Kabinetts Marx, vor allem gegen Severing (Soz.), ein-

bringen, wofür die einfache Mehrheit genügend wäre, während zu einer Mißtrauenserklärung gegen den Ministerpräsidenten und das ganze Kabinett die sog. qualifizierte Mehrheit erforderlich ist. Die Auffassung wird jedoch von den Parteien der „Weimarer Koalition“ (Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten) bestritten, und es soll unter Umständen das Urteil des Staatsgerichtshofs angerufen werden.

Der Reichswirtschaftsrat gegen die Umsatzsteuer

Berlin, 19. Febr. Der Zwölfausschuss des Reichswirtschaftsrats hat folgende Entschlüsse angenommen: Von Umsatzsteuer sind die freien Berufe zu befreien, wenn der Umsatz 1500 Mark im Vierteljahr nicht übersteigt. Die Umsatzsteuer ist auch nach der Herabsetzung auf 1½ Prozent noch mangelhaft; Gegenstände der Fertigungsindustrie werden zum Teil dadurch bis 5 Prozent und mehr belastet und so die notwendige Ausfuhr erschwert. Die Steuer begünstigt dagegen die Einfuhr vom Ausland und die Bildung einer gewissen Art von Betriebszusammenfassungen, die nur mit dem Zweck der Umgehung der Steuer gegründet werden („vertikale Konzentration“). Die an Stelle der Umsatzsteuer vorgeschlagene Kleinhandelssteuer ist aus sachlichen und wirtschaftlichen Gründen abzulehnen. Es soll geprüft werden, ob die österreichische Art der Umsatzsteuer in Deutschland möglich ist. Wie verlautet, wäre die Reichsregierung einer weiteren möglichen Herabsetzung der Steuer nicht abgeneigt.

Der deutsch-rumänische Streitfall

Berlin, 19. Febr. Amlich wird mitgeteilt, daß die Reichsregierung am 28. Januar in Bukarest eine Note überreichen ließ, in der sie sich bereit erklärte, alle noch schwebenden Fragen bezüglich der rumänischen Ansprüche aus dem Vertrag von Versailles einer solchen Regelung zuzuführen, daß im Rahmen der durch den Dawesplan und das Londoner Abkommen geschaffenen neuen Rechtslage eine beide Teile befriedigende Lösung erreicht werde.

Der Pelz, den man waschen soll, aber nicht nach machen darf

Paris, 19. Febr. Dem „Petit Parisien“ zufolge soll die Regierung der Vereinigten Staaten dem Völkerverband ihre Bereitwilligkeit angezeigt haben, an der Konferenz über den Waffenhandel teilzunehmen, jedoch dürfe die Herstellung von Waffen nicht berührt werden, denn das amerikanische Gesetz gestatte kein Verbot und keine Einschränkung der Waffenherstellung.

Neues Kriegsgerichtsurteil

Paris, 19. Febr. Das Kriegsgericht in Amiens verurteilte in Abwesenheit 9 deutsche Offiziere wegen angeblicher Minderberührung zu Zwangsarbeit von 10jähriger bis lebenslänglicher Dauer.

Die Verschleppung des Schlußberichts

Paris, 19. Febr. Der Bericht der Ueberwachungskommission enthält nur 40 Seiten, dagegen umfassen die „Anhänge“ nicht weniger als 310 Seiten, wovon ein Hauptteil auf die deutschen „Rüstungen“ und die Heeresbestände entfällt. U. a. wird behauptet, daß Deutschland in der Reichswehr, der Schutzpolizei und den Geheimverbänden ein vollständiges Kriegsheer besitze. In allen Fabriken werden Waffenteile hergestellt und in vielen Fabriken befinden sich Maschinen zur Herstellung von Waffen und Munition, so daß Deutschland nach einem Jahr so viel Material haben könnte wie am Schluß des Weltkriegs. — England ist nun dafür, daß Deutschland eine bestimmte Frist zur Abstellung der Bestandsgegenstände gegeben werden solle, die französische Regierung will aber die Sache hinziehen; die Verschleppungen seien so groß, daß gar nicht abzusehen sei, wie viel Zeit zur Abstellung nötig sei. Und so lange müsse auch Köln besetzt bleiben. Die „Prüfung“ des Berichts werde zunächst mindestens einen Monat erfordern. (Der Bericht war Deutschland spätestens auf 26. Januar zugelegt.)

Das Märchen von der Räumung

London, 19. Febr. Der „Daily Telegraph“ erzählt, Marshall Foch wolle sich mit der Prüfung des Schlußberichts keineswegs beeilen und es könne noch lange Zeit darüber hingehen, bis die Regierungen den Bericht erhalten. Die „Times“ meint, es müsse doch endlich einmal gesagt werden, ob und wann Köln geräumt werde, dazu brauche man den Bericht nicht abzuwarten. Die Meinung der Welt würde es nicht ertragen, daß die Angelegenheit fort und fort verschleppt werde. Die „Westminster Gazette“ will wissen, die maßgebenden Kreise seien der Auffassung, daß Köln und das Ruhrgebiet im Lauf des Sommers geräumt werden können. Die englischen Besatzungstruppen sollen vermindert und nach Wiesbaden und Umgebung verlegt werden.

Der kriegslustige Franze

Moskau, 19. Febr. Der neue Kriegskommissar Franze, der Nachfolger Trotski, hat in letzter Zeit wiederholt ver-

tündigt, das rote Heer sei schlagbereit und es werde nicht zögern, die militärische Macht Russlands zu beweisen, wenn ein Waffengang notwendig werden sollte. In einer neuen Ansprache an die Generale betonte er, die Wehrmacht Russlands müsse auf eine solche Höhe gebracht werden, daß kein Staat mehr eine Drohung an Russland wage, wie sie Lord Curzon ausgesprochen. Nicht die Furcht vor Rumänien habe Russland zurzeit ab, Beharabien zu befreien, sondern die Friedensliebe.

Die amerikanischen Schiffsbauten

Washington, 19. Febr. Die Anforderungen des Marineamts für 1925/26 enthalten u. a. den Umbau von drei Großkampfschiffen, den Neubau zweier Kreuzer zu je 10 000 Tonnen, eines Kanonenboots und eines Flugzeugmuttersschiffs, sowie die Beschaffung zahlreicher Wasserflugzeuge.

Mahregelung Mitchells

Washington, 19. Febr. Der Vorsitzende der Luftfahrtabteilung des amerikanischen Kriegsamtis, General Mitchell, hatte seine Amtsgenossen im Kriegsamt scharf angegriffen und beschuldigt, daß sie für die Luftstrategien nicht das nötige Verständnis besäßen. Der Kriegs- und Marineminister beschwerten sich bei Coolidge und erklärten, sie werden zurücktreten, wenn Mitchell nicht gemahregelt werde. Präsident Coolidge eröffnete nun Mitchell, er habe freiwillig zurückzutreten oder er werde zum Obersten herabgesetzt. Mitchell soll nicht gesonnen sein, den Abschied zu nehmen.

Deutscher Reichstag

Das Grubenunglück in Dortmund

Berlin, 19. Februar.

Auf der Tagesordnung der 28. Sitzung stehen die Anfragen des Zentrums und der Kommunisten über die Ueberwachung der Sicherheit in den Gruben, ferner ein Antrag Müller-Franken (Soz.) auf Bereitstellung von Mitteln für Einrichtungen zur Untersuchung und Verhütung von Unfällen im Bergbau.

Abg. Schwan (Kom.) begründet die Anfrage.

Abg. Imbusch (Zentr.) gibt eine Darstellung des Unglücks, bei dem 136 Bergleute ums Leben gekommen sind. Die Zeche Minister Stein sei bisher von großen Explosionen verschont geblieben. Es war gutes Nebengestein vorhanden, sowie auch die Verfestigungsanlage. Die Kohlenstaubsperrren waren zum Teil fertig, zum Teil im Bau. Für die Sprengungen wurde Sicherheitsprengstoff verwendet. Die Schichtarbeit sollte möglichst beschränkt werden. Im Bergbau müssen gute Löhne bezahlt werden. Bei der Micumenschädigung müssen auch die Arbeiter bedacht werden. Der Redner fordert ein neues Bergarbeiterchutzgesetz.

Staatssekretär Geib: Die öffentlichen und privaten Spenden, auch aus dem Ausland, haben bereits 1 1/2 Millionen Mark überschritten. Der Bergarbeiterschutz sei in erster Linie Landesache. Bei der Ueberwachung der Sicherheitseinrichtungen sind die Betriebsräte beteiligt. Sollte sich ergeben, daß die Betriebsratsmitglieder mittelbar oder unmittelbar behindert worden sind, so wird für Abhilfe solcher Mißstände mit allen Mitteln Sorge getragen werden müssen. Schon am letzten Freitag ist den Hinterbliebenen das Sterbegeld und am Sonntag die Hinterbliebenrente ausgezahlt worden. Die Beerdigungskosten hat die Stadt Dortmund übernommen. Die Unfallverhütung und die übrigen bergbaulichen Fragen können einer befriedigenden Lösung nur zugeführt werden, wenn zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft eine wahre Arbeitsgemeinschaft erbeigeführt wird.

Ministerialrat Hahfeld: Die Sicherheitsvorrichtungen sind der Unglückszeche in Ordnung. Ein endgültiges Urteil über die letzten Ursachen läßt sich jetzt noch nicht fällen. Gewisse im Untersuchungsausschuß geäußerte Vermutungen darüber haben sich nicht bestätigt.

Abg. Winnefeld (DZ.) gibt für die Fraktionen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayerischen Volkspartei eine Erklärung ab, in der wärmste Anteilnahme für die Opfer zum Ausdruck gebracht wird. Den Rettungsmannschaften wird dankbare Anerkennung ausgesprochen. Ehe die Untersuchung nicht abgeschlossen sei, solle man nicht Worte der Anlage oder der Verteidigung aussprechen. Außerlich sei, wenn das Unglück parteipolitisch ausgenützt werde. Es wird alsbaldige Vorlegung eines Reichsberggesetzes unter ausreichender Mitwirkung der Belegschaften und der Ueberwachung der Sicherheitsmaßnahmen gefordert. Angenommen wird der sozialdemokratische Antrag auf Vorlegung des Reichsberggesetzes und Mitwirkung der Betriebsräte im Bergbau bei der Unfallverhütung. Entsprechend

einem Schreiben des Landgerichts in Magdeburg wird die Genehmigung zur Vernehmung der Reichstagsabgeordneten Dittmann (Soz.), Scheidemann (Soz.), Dr. David (Soz.), Müller-Franken (Soz.), Wels (Soz.), Fehrenbach (Ztr.), Giesberts (Ztr.) und Wallraff (Dnt.) im zweiten Ebert-Prozess in Magdeburg erteilt.

Zur Verhandlung steht dann ein kommunistischer Antrag auf Haftentlassung der Abgeordneten Hefert (Komm.) und Pfeiffer (Komm.), die in das Verfahren gegen die kommunistische Zentrale verwickelt sind, das nach dem Tische-Prozess in Leipzig zur Verhandlung kommen soll.

Abg. Dr. Kieser (DZ.) beantragt Ablehnung der Anträge, da nach altemäßiger Feststellung die beiden Abgeordneten der Beteiligung am Hochverrat überführt seien.

Abg. Dr. Bell (Ztr.) gibt im Namen der Deutschnationalen, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayerischen Volkspartei eine Erklärung ab, wonach diese Parteien nach den Ausführungen des Berichterstatters auf jede weitere Erörterung verzichteten. Die beiden beschuldigten Abgeordneten werden derart schwerer Verbots bestraft, daß die Wahrung ihrer Immunität in unlösbarem Widerspruch stehen würde zu der gebotenen Sicherheit von Staat und Gesellschaft, zur Aufrechterhaltung der Rechtsordnung und zum Schutz des Lebens der Staatsbürger. (Großer Lärm bei den Kommunisten).

Der Reichstag hat den deutschnationalen Antrag mit 309 gegen 53 Stimmen angenommen, daß schleunigst ein Gesetzentwurf einzubringen sei zum Schutz der Jugend gegen die Gefahren des Alkoholismus und zur Verbesserung des Schankkonzessionswesens unter Ablehnung der „Troddenlegung“ Deutschlands.

Die sozialdemokratische Fraktion hat einen Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses eingebracht, der untersuchen soll, in welcher Höhe Entschädigungen an die Ruhrindustriellen gezahlt worden sind; die Entschädigungen sollen an das Reich zurückgezahlt werden.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet aus München, General Ludendorff habe sich entschlossen, sein Reichstagsmandat niederzulegen. An seiner Stelle würde Hauptmann Röhm in den Reichstag eintreten. Der „Bölkische Kurier“ erklärt die Meldung für unbegründet.

Die „Halle'sche Zeitung“ veröffentlicht Erlasse der preussischen Regierung an die preussischen Forstbehörden vom 15. Dezember 1924, wonach dem Reichspräsidenten und dem preussischen Ministerpräsidenten für das gesamte Gebiet der Staatsforsten das unentgeltliche Jagdrecht zugesprochen wird. Außerdem wird bestimmt, daß den beiden Persönlichkeiten die erbeuteten Geweihe und Behörne unentgeltlich zu überlassen sind, während nach dem Jagdgesetz der Jäger, sofern er nicht Forstbeamter ist, dafür bestimmte Preise an die Staatskasse zu zahlen hat. Die Veröffentlichung erregt großes Aufsehen und soll durch eine Anfrage im Landtag zur Sprache gebracht werden.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 19. Februar.

Im Landtag wurden heute zunächst einige kleine Anfragen beantwortet und sodann bisher zurückgebliebene Bestimmungen nachgeholt. Dabei wurde der Initiativgesetzentwurf des Abg. Scheef betr. den Wohnungsneubau an den Finanzausschuß überwiesen, desgl. ein Antrag des Zentrums zu dem Gesetzentwurf betr. Änderung des Polizeiverwaltungsgesetzes, dieses Gesetz mit Wirkung vom 1. 10. 1923 in Kraft treten zu lassen. Als Minister Holz in Befürwortung dieses Antrags von den Kommunisten mehrfach unterbrochen wurde, erklärte er, die Herren hätten auf der Südd. Arbeiterkonferenz offenbar den Auftrag erhalten, möglichst dumm herauszureden. Man erledigte dann das Kap. Staats- und Privatirrenanstalten, worauf es noch eine längere Aussprache gab über die Kap. Gesundheitswesen und Landesbehörden. Dabei wurden interessante Mitteilungen gemacht über die Zunahme der Abreibungen, an denen in Deutschland jährlich 7500 Frauen sterben. Insbesondere der Abg. Hölcher (DZ.) wies auf die Gefahren der Geschlechtskrankheiten und der Abreibungen hin, während die Abg. Pflüger (S.) und Stähler (Komm.) die Abreibungen nicht durch den Sklavenparagrafen, sondern durch Milderung der sozialen Not bekämpft wissen wollten. Schließlich behandelte man noch das Kap. Öffentliche Fürsorge, worauf Präsident Körner von dem Eingang zweier Großer Anfragen der Kommunisten betr. die Vorfälle in Cannstatt Mitteilung machte. Der Präsident lehnte es indessen ab, diese Anfragen wegen beleidigender Ausfälle gegen die Re-

gierung auf die Tagesordnung zu setzen und stellte anheim, die beleidigenden Worte zu beseitigen. Das gab eine große Aufregung bei den Kommunisten.

Stuttgart, 19. Febr. Finanz- und Schuß. Der Finanzausschuß nahm in seiner gestrigen Sitzung zur Pfarrbefoldung Stellung. Der Gesamtbedarf der evangelischen Kirche beträgt 6 164 070 Mark, die Staatsleistung für die Grundgehälter der evangelischen Pfarren 4 631 000 Mark jährlich, die Staatsleistung für die Gehälter der katholischen Pfarren 2 643 000 Mark. Der Nachtragsetat erfordert einen Zuschuß von 274 730 Mark auf evangelischer, 132 930 Mark auf katholischer Seite nebst 834 Mark für die israelitische Zentralkasse. Diese Berechnungen für 1925 sind nur vorläufige, und es ist mit einem Nachtragsplan zu rechnen. Ein demokratischer Redner bestritt die Notwendigkeit, daß die Erhöhung der Staatsleistung gegenüber den Kirchen mit jeder Beamtenbefoldung vorgenommen werde. Die Leistungen des Staats hätten sich gegenüber der evang. Kirche seit der Vorkriegszeit um 42 Prozent, gegenüber der kath. Kirche um 66 Prozent erhöht. Die Gewährung der Kirchensteuern müsse als Leistung des Staats mit in Rechnung gestellt werden. Staatspräsident Bazille legt dar, wie die Beamtengehälter durch die Reichsregierung festgelegt worden seien. Die Rückwirkungen auf die Kirchen seien aus diesem Verhältnis direkt herausgewachsen. Der Staat könne bei Bemessung der Leistungen an die Kirchen nicht willkürlich vorgehen. Je höher die Einnahmen der Kirchen würden, desto eher werde der Staat mit seinen Leistungen zurückhalten können. Die Entscheidung müsse von Jahr zu Jahr nach dem bestehenden Bedürfnis gefällt werden. Die Zeit für eine endgültige Regelung sei noch nicht gekommen. Ein Zentrumsredner anerkannte, daß ein klarer Rechtsboden trotz der neuen Verfassungsbestimmungen nicht bestehe. Der Staat habe bei Zustandekommen der Verfassung zugesichert, daß er seine bisherigen Leistungen fortsetzen werde. Mit den Rechtsuntersuchungen über die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirchen müsse endlich begonnen werden. Den Kirchen müßten entsprechende Ausgleichsummen gewährt werden. Ministerialrat Mendring betonte, die schlechte Bezahlung der kath. Geistlichen rühre daher, daß verhältnismäßig erheblich mehr katholischen Kirchenstellen vorhanden seien. Eine noch höhere Gewährung von Zuschüssen an die kath. Kirche würden zu einer Ungleichheit führen. Ein sozialdemokratischer Redner verlangte, daß die Kirchen äußerste Sparsamkeit üben. Den Kirchen gehe es jetzt besser als in der guten alten Zeit. Finanzminister Dr. Dehlinger erklärte, solange keine klaren festen Verhältnisse für den Einzug der Kirchensteuern beständen, worüber noch einige Jahre ins Land gehen würden, sei es Pflicht des Staats, den dringendsten Bedürfnissen der Kirchen gerecht zu werden. Ein kommunistischer Redner lehnte den Entwurf ab und ein Redner der Deutschen Volkspartei betonte die Rechtsansprüche der Kirchen an den Staat. Die Regierungsvorlage befriedige nur die dringendsten Bedürfnisse. Die Etatskapitel würden sodann nebst dem Nachtragsetat genehmigt.

Württemberg

Stuttgart, 19. Febr. Sperrung der Lehrerseminare.

Angehörige der großen Zahl von unverwendeten Lehramtsbewerbern und Lehramtsbewerberinnen muß im Jahr 1925 von einer Neuaufnahme von Schülern und Schülerinnen in die Lehrer- und Lehrerinnenseminare abgesehen werden.

Steuererleichterungen im Weinbau. Auf Eingabe des Württ. Weinbauvereins hat das Finanzamt folgendermaßen geantwortet: Ein allgemeiner Nachlaß der Saatssteuer aus den Weinbergkatastern kann nicht in Frage kommen. Dies schließt jedoch ein Entgegenkommen in einzelnen Fällen nicht aus. Die Grundsteuer aus den Weinbergkatastern kann bezüglich der Vorauszahlungen vollständig oder teilweise gestundet werden, wenn im Einzelfall glaubhaft gemacht wird, daß die zur Begleichung der Steuer erforderlichen Mittel nicht flüssig gemacht werden können. Ein ganzer oder teilweiser Nachlaß der Steuer kann erfolgen, wenn eine Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz oder die Beeinträchtigung des angemessenen Unterhalts des Steuerpflichtigen und seiner Familie eintreten würde. Ferner kann, wenn infolge der Witterungsschäden die Weinernte zu mehr als 50 Prozent ausgefallen ist, auf Antrag die Einkommen-, Vermögen- und Erbschaftssteuer gestundet werden wie in Rotgebieten.

Aus dem Lande

Vaihingen a. F., 19. Febr. Verhafteter Schwindler. Der Schwindler, der Angab, ein Neffe des Prälaten

Drei Tage aus dem Leben eines Kriminal-Beamten.

Von P-willa.

Aus dem Russischen von B. Palm-Rasareff.

Olga Iwanowna servierte uns mit der größten Geschicklichkeit den Tee. Ich folgte unwillkürlich ihren geistigen Bewegungen, als mein Blick dabei auch Aglaä streifte, bemerkte ich, wie die Augen derselben aufmerksam auf mich gerichtet waren.

„Sie spielen den stillen Beobachter, Herr Tscherdinsky“, redete sie mich an. „Solche Leute sind die gefährlichsten, denn stille Wasser sind tief.“

„O, meine Seele ist klar wie ein Spiegel.“

„Ja, auf der Oberfläche, und nur einzelnen Personen ist es gestattet, in die Tiefe zu blicken.“ Bei diesen Worten fiel ihr Auge auf Olga, welche jedoch nichts bemerkte, sondern mir ganz harmlos den Vorschlag machte, zu einer Wohlthatigkeits-Verlosung, an der sie sich beteiligte, Billets zu nehmen.

Uffolzew unterbrach sie, indem er Olga versprach, den Rest ihrer Lose in seinem ausgedehnten Bekanntenkreise zu verteilen. Sie reichte ihm mit einem frohen Lächeln die zarte Hand und sprach ihren Dank für sein freundliches Entgegenkommen aus.

Aglaä Borissowna blickte sich auf die Lippen und sagte, sich zu mir wendend: „Ihr ganzer Erfolg ist verloren; Herr Uffolzew entriß Ihren Händen die Siegespalme.“

Der Seelenzustand der jungen Frau begann mich zu interessieren; sie ärgerte sich, daß es einer anderen gelungen war, die Aufmerksamkeit Uffolzew's auf sich zu lenken. Raul Iwanowitsch Kudräschev blieb scheinbar ganz

gleichgültig, wenn auch unter der Asche ein Funken glimmen mochte, das nur wenig brauchte, um zur hellen Flamme angefaßt zu werden.

„Deshalb nennt man ihn auch „Mirabeau“, sagte ich als Erwiderung auf Aglaä's Worte, „und wissen Sie, wer ihm diesen Beinamen gegeben hat?“

„Die Studentenliquet!“ heulte sich Uffolzew mir zuvorzukommen. „Als Student zeichnete ich mich durch Wortspiele aus.“

„Nicht nur durch solche“, sagte ich, „denn mehr noch als durch Wortspiele zeichnete er sich durch zwei Passionen aus, deren eine — die Blumen sind, seine Wohnung ist fast ein Garten, und deren zweite — die Damen: vor jeder Schönheit, ob verheiratet oder nicht, beugt er die Knie.“

Arme Olga! Meine Worte schienen sie mitten ins Herz zu treffen; sie senkte traurig das Köpfchen. Da Aglaä Borissowna in ihr eine Gegnerin vermutete, ließ sie sie nicht aus den Augen und sagte, sich stolz in ihren Stuhl zurücklehnd:

„Daß Ihr Freund jede vollendete Schönheit anerkennt, finde ich begreiflich, doch würde es unzweifelhaft einen ungeläuterten Geschmack bezeugen, wenn er sogar einer Knospe seine Beachtung zuwendete.“

„Und weshalb?“ versetzte Kudräschev, indem er sich anschickte, eine ihm von seiner Schwester dargebotene Tasse Tee entgegen zu nehmen. „Der wahre Blumenfreund, meine Liebe, erfreut sich auch am Anblicke einer Knospe. Nur wenn die Blume bereits vergehen, ist es nicht gut, daß ein Fremder ihren Duft einatmet; sie verliert an Frische, wird welk und vergeht. Was bliebe dann dem rechtmäßigen Besitzer übrig?“

Aglaä Borissowna stampfte unter dem Tische ungeduldig mit dem Fußchen:

„Es gibt aber doch so viele Männer, die ihren Frauen dieses ganz unschuldige Vergnügen nicht rauben.“

„Viele denken in dieser Beziehung anders“, versetzte Kudräschev, „sie würden handeln wie jener Othello —“

„Wie? Mit dem Dolche?“

„Mit dem Dolche oder was ihnen sonst in die Hände fiel.“

Trotzdem Kudräschev äußerlich ganz ruhig erschien, ging es bei diesen Worten wie ein Beben durch seine Stimme.

Tiefe Stille trat plötzlich ein, welche Aglaä zuerst unterbrach; sich zu mir wendend, sagte sie:

„Der Tanz beginnt, gehen wir in den Saal!“

Ich erhob mich zustimmend und folgte dem Befehle. Aglaä Borissowna war in der Tat eine vollendete Schönheit; der Urtypus einer vornehmen Russin. Das Antlitz war in allen seinen Teilen ein edles, regelmäßiges; die Augen strahlten in der Farbe des Himmels und wett-eiferten mit den Brillanten in ihrem vollen, goldblonden Haar. Alle ihre Bewegungen waren von beständiger Anmut, so daß ich vollkommen begriff, wie Uffolzew diesem reizenden Wesen, wo alle Schönheit natürlich war, den Vorzug vor jener künstlichen Blume — Leontine de Mare — geben konnte. Nun herrschte aber auch Aglaä nicht mehr in seinem Herzen, sondern die aufblühende Knospe Olga Iwanowna, welche augenscheinlich mehr durch ihre inneren als durch äußere Vorzüge den Sieg davonzutragen schien.

Aglaä Borissowna war stillschweigend an meinem Arme in den Tanzsaal getreten, in welchem die Paare sich zu versammeln begannen. Plötzlich brach sie das Schweigen: „Herr Tscherdinsky“, dürfte ich Sie wohl bitten, mir auf einige Augenblicke dorthin in den kleinen Salon zu folgen; ich habe mit Ihnen zu sprechen.“

Schöll zu sein, wurde in der Person des Friedrich Schöll aus Nufringen bei Herrenberg verhaftet. Er steht natürlich in keinen verwandtschaftlichen Beziehungen zu Prälat Schöll. Schöll ist neunmal verurteilt. Er vertrieb in letzter Zeit ein Buch des Verlags Freyer in Stuttgart, für das er anstatt drei Mark sechs Mark verlangte.

Vielgheim, 19. Febr. Streit. Beim Neubau der Germania-Linoleum-Werke ist ein Teil der Maurer und Hilfsarbeiter in den Ausstand getreten, weil ihnen die in Stuttgart und Heilbronn bewilligten Verkehrszulagen von 4 3 für die Stunde nicht bewilligt wurde.

Heidenheim, 19. Februar. Landwirtschaftliche Winterschule. Der Bezirksrat hat beschlossen, alsbald die Errichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule hier in Angriff zu nehmen und einen Neubau mit einem Aufwand von etwa 90 000 Mark zu erstellen.

Weilheim, 19. Febr. Brand. In der vergangenen Nacht ist der Holzschuppen der Witwe Bechtle auf dem Räringer Hof abgebrannt. Es liegt Brandstiftung vor.

Tübingen, 19. Febr. Hinrichtung. Der Mörder der Rosa Bayer, Karl Rees von Bieringen, 44. Jahr, wird am Samstag vormittag 7 Uhr im Hof des hiesigen Amtsgerichtsgefängnisses hingerichtet, nachdem der Staatspräsident sein Erbdenngesuch abgewiesen hat.

Münzingen, 19. Febr. Besitzwechsel. Das Schlossgut Grafeneck bei Warbach a. U. ging aus den Händen des Reichsernährungsministers Graf Kanitz, der es im Sommer 1923 erworben hatte, käuflich auf Gasthofbesitzer Würwag zum Adelberger Hof in Stuttgart über. Es soll beabsichtigt sein, in dem herrlich gelegenen Schloss ein neuzeitliches Kurhotel einzurichten.

Freudenstadt, 19. Februar. Vom Heimbachkraftwerk. Das Heimbachkraftwerk hat die Lichtstrompreise um 10 Pfennig für die Kilowattstunde herabgesetzt. Die beiden Direktoren werden wegen des in der Nr. 5 der „Reichssturmflagge“ enthaltenen Artikels Beleidigungsklage gegen den Herausgeber der Reichssturmflagge und den Kaufmann Albert Eberhardt von Freudenstadt als den Verfasser dieses Artikels, erheben.

Oberndorf, 19. Febr. Besitzwechsel. Nachdem die Stadt erst vor kurzem das Elektrizitätswerk der Mauer G.m.b.H. käuflich erworben hat, hat sie jetzt den Kaufvertrag mit der genannten Firma zwecks Uebernahme des Dampfagewerks mit dem gesamten anschließenden Gelände links des Neckars und sämtlichen Gebäuden unterzeichnet. Die Uebernahme erfolgt am 1. April d. J.

Ebingen, 19. Febr. Erdbeben. Am Dienstag abend, wenige Minuten vor 10 Uhr, wurde ein leichter Erdstoß wahrgenommen.

Tuttlingen, 19. Febr. Arbeiterentlassungen. Die hiesigen Instrumentfabriken haben die ausgesprochene Kündigung zwar zurückgenommen, aber eine größere Anzahl Arbeiter entlassen. Bei der A. G. für Feinmechanik sind 11,7 Prozent oder 170 Mann der Belegschaft entlassen worden, bei der Firma Huber und Lint A. G. trifft es 43 Arbeiter oder 18,8 Prozent der Belegschaft.

Ehlingen, 19. Febr. Das Disziplinarverfahren gegen den Vorstand des Wohnungsamts. Wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten, die dem Vorstand des Ehlinger Wohnungsamts zur Last gelegt wurden, hatte der Stadtvorstand beim Ministerium des Innern den Antrag auf Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Vorstand gestellt. Der Antrag wurde abgelehnt. Wie aus dem Bescheide hervorgeht, nicht aus sachlichen Gründen, sondern weil der Vorstand nicht auf Lebensdauer, sondern auf unbestimmte Zeit angestellt ist. Nachdem das Landgericht bezw. der Strafsenat in der Beleidigungssache der Stadt gegen Schanbacher und Haug schon ein Urteil gefällt habe, sei es zunächst Sache des Stadtvorstands und des Gemeinderats, zu diesem Urteil Stellung zu nehmen.

Großglattbach, 19. Febr. Vaihingen, 19. Febr. Die erste Schneepfe. Ein Beweis dafür, daß der Frühling nahe ist, daß bei Großglattbach die erste Schneepfe erlegt worden ist.

Göppingen, 19. Febr. Submissionsblüte. Bei der Vergebung des Straßenbaus Hopfenhausen-Dittenbach, die gestern stattfand, sind 14 Angebote eingelaufen. Die Arbeit wurde der Firma D. Frühling-Stuttgart übertragen. Der Unterschied zwischen höchstem und niedrigstem Angebot betrug nicht weniger als rund 27 000 M.

Ulm, 19. Febr. Untreue. Ein Bahnaehise in Neu-Ulm hat durch Fälschung der Lohnbücher 8588 M. unterschlagen und das Geld in stottem Leben verbraucht.

Berg, 19. Febr. Opferstodmarder. In der hiesigen Kirche wurde der schmiedeeiserne Antoniusbrakosten erbrochen. Auch an der Sakristeitur machte der Einbrecher vergebliche Versuche, sie aufzubrechen. Eine Zeitlang schreit er sich im Beichtstuhl verstrekt zu haben.

Vom Hohentwiel, 19. Febr. Wilder Streit. In Singen sind am Montag die Belegschaften in der Gießereiabteilung in den Aluminiumwerken in den Ausstand getreten. Die Lohnforderungen stehen außerhalb der tariflichen Abmachungen und betragen eine Erhöhung von 20 3 pro Stunde.

Stand der wichtigen Tierleiden in Württemberg. Nach einer Zusammenstellung des Stat. Landesamts war am 15. Februar die Maul- und Klauenseuche in 26 Oberämtern 60 Gemeinden 234 Gehöften, die Schafräude in 9 Oberämtern 11 Gemeinden 20 Gehöften, die Kopfkrankheit der Pferde in 7 Oberämtern 10 Gemeinden 10 Gehöften und die ansteckende Blutarut der Pferde in 13 Oberämtern 21 Gemeinden und 23 Gehöften verbreitet. Ferner traten auf: der Milzbrand in 5 Gehöften des Oberamts Warbach, die Tollwut in 2 Oberämtern mit 3 Gemeinden 3 Gehöften und die Geflügelcholera in 2 Oberämtern mit 2 Gemeinden und 62 Gehöften.

Baden

Mannheim, 19. Febr. Vor dem großen Schöffengericht stand der Händler Georg Schmitt aus Geddesheim wegen eines Mordanschlags auf seine Frau. Die Eheverhältnisse waren die denkbar unglücklichsten schon ein Jahr nach der Hochzeit, die 1918 stattfand. Die Frau genas wie durch Wunder von den schweren Verletzungen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 3 Monaten.

Verschiedene Blätter berichteten, daß an der Unglücksstelle in Oppar ein unterirdischer Brand ausgebrochen sei.

Dazu wird mitgeteilt, daß der durch die Explosion seinerzeit entstandene Trichter mit Kesselschlacke aufgefüllt wird, die vielfach noch nicht ausgeglüht hat und weiterglühend. Ein 4-jähriges Kind, das nicht genügend beaufsichtigt war, wurde von einem Personkraftwagen überfahren.

Baiertal bei Wiesloch, 19. Febr. Im Bergwerk ging ein Sprengschuß zu früh los, wobei die Arbeiter Weigel von hier und Heinrich Scheerer von Alt-Wiesloch schwer verletzt wurden.

Haslach i. K., 19. Febr. Das Bürgermeisteramt hat, wie dies bereits vor einiger Zeit von der Stadtverwaltung in Raftast eingeführt worden ist, den Schulkindern und Fortbildungsschülern streng verboten, nach 7 Uhr abends (von März an nach 8 Uhr, im Sommer 9.30 Uhr) ohne Erlaubnis auf der Straße zu sein. Widrigenfalls werden die Eltern und Erzieher mit Geldstrafen bis zu 60 Mark oder 14 Tage Haft belegt.

Unterharmersbach, 19. Febr. In dem zu unserer Gemeinde gehörenden Finken Röhrl brach in dem dem Kleingärtner und Tagelöhner Uhl. gehörenden Häuschen Feuer aus, das dasselbe in kurzer Zeit einäscherte. Unter dem Verdacht der Brandstiftung wurde der 18-jährige Sohn verhaftet.

Waldshut, 19. Febr. In Altisberg brannte das Anwesen des Landwirts Ebner innerhalb 2 Stunden bis auf den Grund nieder. Es konnte fast nichts gerettet werden. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Südingen, 19. Febr. Die Seidenbandwebereien auf dem Hohenwald machen seit dem Krieg eine schwere Zeit durch. Zurzeit stehen fast alle Webstühle leer. Auch die Erwerbslosenunterstützung vermag wenig an der Not zu ändern, so daß die Hohenwälder es jetzt mit allem möglichen, mit Hausieren usw. versuchen, um sich durchzuschlagen.

Lozales.

Wildbad, 20. Febr. 1925.

Kirchliches. Bei der Wahl zum Landeskirchentag wurden in unserem Bezirk Neuenbürg 4923 gültige Stimmzettel abgegeben. Es entsielen auf Hrn. Apotheker Hugo Bozenhardt in Neuenbürg 4869 Stimmen. Die übrigen Stimmen sind zersplittert. Danach ist Herr Bozenhardt gewählt.

Ueberraschungen des Frühlingshuts. Der Frühling wird auch auf den Köpfen unserer Damen eine neue Schönheit erblühen lassen: der große Hut kehrt wieder mit aller Pracht der Garnierung, die auf ihm Platz finden kann. Die neuen Modelle haben breite, schöngeschwungene Krempe, die uns um so riesiger erscheinen, als wir an den frempelosen Hut gewöhnt sind. Nicht, daß der kleine Hut sofort verschwände! Er wird sich auch weiter noch in seiner Beliebtheit erhalten, zumal er doch zum Bubentopf gehört. Aber diese lustigen Modenformen, diese knappen Taques und Mützen werden hauptsächlich auf den Alltag und die Promenade beschränkt bleiben, während der große Hut bei festlichen Gelegenheiten wieder sein Recht fordert. Der Hut mit dem vorn leicht aufgeschlagenen Rand, der sich zu beiden Seiten immer mehr verbreitert, wird zum Kunstwerk durch einen großen Blumenkranz, der auf dem Kopf prangt und über den sich noch eine Kotarde aus Seidenband erhebt. Die Garnierungen des neuen Frühlingshuts bestehen in Blütenzweigen und Blättern, die um die Ränder des Huts gewunden sind und sich auch nach dem Kopf hinaufranken. Die neuesten Bänder sind sehr breit und farbig.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Todesfall. Der Vorsitzende des Bayerischen Brauerbunds, Brauereibesitzer Kommerzienrat Ludwig Thomas, ist einem Schlaganfall erlegen.

Vom Auto überfahren. Pastor Karl Redlich von der Jakobskirche in Hamburg wurde nach einem Abendgottesdienst beim Verlassen der Kirche von einem Auto überfahren und getötet.

Wartburgfest. Im Mai d. J. ist ein großes Wartburgfest, mit dem eine Mozartfeier verbunden wird. Das Nationaltheater in Weimar ist für eine Aufführung von „Figaros Hochzeit“ gewonnen worden. Der Eisenacher Musikverein wird das Reuieren von Brahms aufführen. Der schwedische Erzbischof Söderblom, der in Schweden das Interesse für die Wartburg wachgerufen hat, wurde zum Ehrenbürger der Wartburg ernannt.

Schnee im Schwarzwald. Im Hochschwarzwald und auf den Vogesen liegt 40 Zentimeter tiefer Neuschnee.

Schneestürme in Frankreich und Spanien. Heftige Schneestürme verursachten am 17. Februar in einem großen Teil Frankreichs bedeutenden Schaden. Auf der Hochebene liegt der Schnee 40 Zentimeter tief, zahlreiche Bäume wurden entwurzt und bei Lyon eine Brücke eingerissen. In der spanischen Provinz Vigo herrschten schwere Schneestürme. Die Schiffe mußten in die Häfen flüchten.

Fernleitung einer Opernaufführung. Die Aufführungen des Münchener Staatstheaters sind dieser Tage durch Telephon in Landshut einem Kreis geladener Gäste dargeboten worden.

Ein 4-jähriger Schulfreier beendet. In dem zum Regierungsbezirk Erfurt gehörigen Ort Goldlauter im Kreis Schleusingen herrschte seit dem 5. Mai vorigen Jahres Schulfreier. Ein großer Teil der Schulkinder wurde von den Eltern vom Unterricht ferngehalten, um auf diesem Weg neben der bisher an dem Ort bestehenden evangelischen Volksschule die Einrichtung einer Sammelsschule für die Freidenkerkinder zu erzwingen. Nunmehr ist am Montag, den 16. Februar, nach 11-monatiger Dauer der Schulfreier von den Freidenkereltern abgebrochen worden, ohne daß er zu dem von ihnen gewünschten Ergebnis geführt hätte.

Abgestürzt. Der Korporal Remmer vom 38. Fliegerregiment ist bei Thionville mit brennendem Flugzeug aus 1500 Meter Höhe abgestürzt. Remmer war einer der besten französischen Militärflieger.

Ein verlorenes Trauring nach 40 Jahren wiedergefunden. Im Frühjahr 1885 verlor der damals jungvermählte Landwirt Ferdinand Breuer in Hohendorf i. B. während der Viehfütterung im Stall den Ehering. Dieser Tage fand der Sohn Ernst des genannten Landwirts beim Eggen im Feld den Ring und überbrachte ihn seinem nunmehr 75 Jahre alten Vater. Dieser und seine Gattin, die auch noch lebt, waren darüber begreiflicherweise sehr erfreut.

Sprechende Zahlen. Frankreich gibt laut Heereshaushalt im Jahr 1925 für sein Heer 3785 Millionen Franken

— mit Kolonien 3980 Millionen — aus. Davon zahlt Deutschland für 1925 laut Damesplan 2200 Millionen Franken = 500 Millionen Goldmark nach dem Kurs von Anfang Februar, also weit über die Hälfte der französischen Heeresausgaben. Die Friedensstärke des französischen Militärbündnisses beträgt: Frankreich 785 000, 80 000 mehr als 1914, Tschechei 200 000, Polen 280 000, Rumänien 250 000, Südslawien 200 000, Belgien 120 000, insgesamt 1 835 000 Mann. — Polen gibt für sein Heer im Jahr 1925 648 Millionen Sloty gegen 626 Millionen Sloty im Jahr 1924 aus. Das bedeutet eine weitere Erhöhung und macht ein Drittel der Gesamtausgaben des Staats aus. Dagegen betragen die Ausgaben Englands für das Heer (147 000 Mann) 900 Millionen Goldmark, für die Flotte (80 000 Mann) 1120 Millionen, für die Luftwehr (30 000 Mann) 290 Millionen, zusammen 2310 Millionen Goldmark. Die Ausgaben Deutschlands belaufen sich für das Landheer (insgesamt 100 000 Kopfstärke) 410,8 Millionen, für die Flotte (15 000 Mann) 143,7 Millionen, Luftwehr 0, zusammen 554,5 Millionen Goldmark.

Die neuen Kriegsgase. General Fries, der Vorstand der chemischen Abteilung des Kriegsamts in Washington, erklärte in einem Ausschuß des Abgeordnetenhauses, die Wirkungskraft der neuen Gase sei seit dem Krieg um das Fünzigfache gesteigert worden. Sie seien so wirksam, daß selbst Flugzeuge als Verteidigungsmittel keinen Schutz mehr bieten. Dieser Behauptung wurde von den anwesenden Luftzeugachverständigen widersprochen.

Verunkeltes Land. Zwischen den Gemarlungen Dummeritz und Eulenburg in Pommern ist die Spitze, die den Namen Steinsee führt und eine Schneide bildet, die in eine Bucht des Vielburgsees hineinragt, ohne daß es bemerkt wurde, plötzlich verschwunden. Der zwei Morgen große Grund und Boden, der zur Gutsheerrschaft Eulenburg gehört, war mit Bäumen von 5 bis 6 Meter Höhe bewachsen. Von den Bäumen ist nichts mehr zu sehen und Messungen haben ergeben, daß das Land 9 bis 12 Meter tief in sich zusammengesenken ist. Das versunkene Land ist vom Festland abgeschnitten und das Wasser hat dort ein neues Ufer mit einem jähen Abfall von 9 Metern Tiefe erhalten. Ueber die Ursache konnte bis jetzt noch nichts genaues festgestellt werden, vermutlich war der Untergrund des versunkenen Landes unterspült.

Giftgase im Bergwerk. Auf der Zeche Rhein 1 in Borchen bei Hamborn wurden zwei Bergleute nach einem Sprengschuß durch Giftgase getötet, vier weitere konnten gerettet werden.

Selbstmordversuch eines Taschendiebs. Auf der Berliner Untergrundbahn brachte sich ein auf frischer Tat erappter Taschendieb durch zwei Revolvergeschüsse schwere Verletzungen bei.

Zucht von Silberfüchsen in Böhmen. Dieser Tage ist in Böhmen eine Sendung lebender Silberfüchse aus einer kanadischen Farm eingetroffen. Sie werden in Gabel an der Adler für Zuchtzwecke, wie auf den kanadischen Farmen, verwendet werden. Die Tiere haben die Reise gut überstanden. Im nächsten Monat werden weitere Sendungen von Silberfüchsen, deren Fell bekanntlich sehr gesucht ist, eintreffen.

Gräberfund. In der Augustiner-Abtei der Kathedrale von Canterbury (England) sind die Gräber von 4 sächsischen Königen gefunden worden. Die Gräber stammen aus dem 12. Jahrhundert.

Eine kaukasische Rasse in China entdeckt. Der deutsche Ethnologe, Baron Hans von Gebfattel, der China bereiste, glaubte in dem oberen Tal des Jangtse-Flusses das Heimatland der kaukasischen Rasse entdeckt zu haben. Er schreibt hierüber dem „Neuport Herald“: Auf meinen ethnologischen Nachforschungen in chinesischen Provinzen habe ich bei Angehörigen des Volos- oder Miastestammes ausgesprochene kaukasische Charakterzüge entdeckt, sowohl in ihren physischen Körperbildungen als auch in ihrer religiösen Skulptur. Diese Rasse hat es abgelehnt, sich mit mongolischen Stämmen zu vermischen. Ihre Gesichter haben die aquilinenen Nasen der Kaukasier, und ihre Buddhafiguren griechische Gesichtszüge.

Die New Yorker Polizei. Der Fahrer einer Autodroschke in New York hatte am letzten Samstag einen Fahrgast erschossen, weil dieser kein Trinkgeld gegeben hatte. Um den Täter zu fassen, wurden am Sonntag in allen Straßen zu einer genau bestimmten Zeit alle Mietdroschken, 17 500 an der Zahl, plötzlich angehalten und die Fahrer mußten sich mit ihren Fahrscheinen ausweisen. Ueber 100 Fahrer wurden verhaftet, die Wagen beschlagnahmt und die Fahrgäste mußten sich nach anderen Beförderungsmitteln umsehen; 985 Fahrer, deren Papiere nicht in bester Ordnung waren, erbielten Vorladungen.

Das Wetter

Das Tiefdruckgebiet im Nordwesten hat an Einfluß etwas verloren, wirkt aber in mäßigem Umfang noch fort. Für Samstag und Sonntag ist zeitweise aufhellendes, aber dann wieder bedecktes, jedoch nur zu vereinzelten Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Handelsnachrichten

Dollar Kurs Berlin, 19. Febr. 4,20 M. Neuport 1 Dollar 4,20. London 1 Pfund St. 20,01. Amsterdam 1 Gulden 1,684. Zürich 1 Franken 0,810 M.
Dollarschahlscheine 91,30.
Kriegsanleihe 0,625.
Franz. Franken 91,40 zu 1 Rd. St., 19,11 zu 1 Dollar.
Abgelehnte Anleihe. Der Neuport Herald erfährt, amerikanische und englische Banken haben eine Anfrage der französischen Regierung wegen einer weiteren Anleihe von 100 bis 200 Millionen Dollar ablehnend beantwortet.
Goldfunde. In Südjütland (Dänemark) sollen beträchtliche Goldadern gefunden worden sein.

Stuttgarter Börse, 19. Febr. Das äußere Bild der heutigen Börse war das gleiche wie gestern. Man verkehrte in ruhiger Haltung bei sehr geringen Umsätzen. Die Kurse haben zum Teil Ermäßigungen aufzuweisen. Auf dem ermäßigten Stand kam aber kaum Ware heraus. Vielfach wurden daher die niedrigeren Kurse mit Geld notiert. Der Markt der Festverzinslichen lag schwächer. 4prozentige alte Württemberg waren zu 1 angeboten. 5prozentige Reichsanleihe gaben im Laufe des Tages von 0,675 auf 0,655 nach. Zu diesem Kurs blieb angeboten.
Württ. Vereinsbank, Filiale der Deutschen Bank.

Stuttgarter Landesproduktionsberichts vom 19. Febr. 1925. Es notierten per 100 Kg. in Goldmark: Weizen 22,5—26,5; Gerste 25 bis 30; Roggen 23—26,5; Safer 14,5—20; Weizenmehl 44,5—46; Brotmehl 39,5—41; Kleie 14,5—15; Weizenheu 7—8; Riechen 8 bis 9; Stroh 4,5—5,5.

Öffentliche Versammlung.

Am Samstag, den 21. Februar 1925, abends 8 Uhr im Saale des Hotels „Gold. Ochsen“ spricht der demokratische Landtagsabgeordnete unseres Bezirks Dr. Fritz Mauthe aus Schwemmingen über das aktuelle Thema

„Die politische und wirtschaftliche Lage“

unter Berücksichtigung der derzeitigen handelspolitischen Verhandlungen mit dem Ausland.

Zu recht zahlreichem Besuch dieser Versammlung wird eingeladen. Nicht Wahlberechtigte haben keinen Zutritt.

Deutsche demokratische Partei.

Radsfahrer Verein Wildbad.

Samstag abend 8 Uhr
Reigenfahren
in der Turnhalle.
Der Fahrwart.

Sängerfest
Fastnacht.
Weitere Damenhöre haben sich angemeldet.
Der Karrenpräses.

Karneval-Artikel
in großer Auswahl
N. Pfannstiel.

Stadtbauamt Wildbad. Bergebung von Bauarbeiten.

Wasserleitung im Feldweg Nr. 10.
1. Grab und Maurerarbeit.
2. Rohrlegung.
Pläne und Bedingungen liegen an unterzeichneter Stelle zur Einsicht auf. Die Bergebungunterlagen werden gegen 20 Pfg. Kostenerlag abgegeben.
Die Angebote sind bis Montag, den 23. Februar 1925, vormittags 11 Uhr in verschlossenem Umschlag mit entsprechender Aufschrift hierher einzureichen. Zu dieser Zeit findet die Eröffnung derselben vor den versammelten Bewerbern im Sitzungssaal des Rathauses statt. Der Zuschlag erfolgt durch den Gemeinderat.

Stadtbauamt Wildbad: Munt.

Jahrgang 1905.
EINLADUNG.
Zu unserer am Samstag, den 21. Februar 1925 stattfindenden

20er Feier

verbunden mit theatralischen Aufführungen und Tanz
laden wir hiemit alle Schulkameradinnen und -Kameraden nebst Angehörigen in das Gasthaus z. „Kühlen Brunnen“ freundl. ein.
Anfang 7 Uhr.
Der Ausschuss.

Achtung!

Zur gefl. Kenntnisnahme, daß am Samstag den 21. Februar das Lokal zur Rennbach-Bräuerei von 7 Uhr ab reserviert ist.

Keine nassen Füße mehr,
wenn Sie unser
Schuhfett
gebrauchen; in schwarz u. gelb.
Erhält das Leder geschmeidig.
A. & W. Schmit, Med.-Drogerie

Schöne
Sorghobesen
sowie schöne
Birkenreisbesen
empfiehlt billigt
B. Treiber,
Korbmacher.

Bäcksteinkäse
1/2-Pfund 22 Pfg.,
Romadour
1/2-Pfund 25 Pfg.,
echter **Emmentaler**
1/2-Pfund 55 Pfg.,
Rahmkäse
1/2-Pfund 45 Pfg.,
Camembert
Stück 25 Pfg.,
Emmentaler, ohne Rinde.
K. Bender u. Söhne.

Zur Fastnachtsbäckerei

Weizenmehl, Spezial 0, 5 Pfund 1.18 Mk.
Feinstes Auszugsmehl, 5 Pfund 1.28 Mk.
Allerfeinstes Auszugsmehl, in Handtuchfäcken,
5 Pfund 1.65 Mk., 10 Pfund 3.20 Mk.
Schweineschmalz, rein amerik., Pfund 92 Pfg.
Deutschrassin. Schweineschmalz, Pfund 1.15 Mk.
Kosofett, Pfundtafel 64 Pfg.
Rüschmalz, Pfund 64 Pfg.
Landbu und Margarine
Ein Waggon vollfrische, schwere
Italiener Eier, 10 Stück 1.38
Zum Füllen: Marmeladen, Pfund 20 u. 26 Pfg.
Konfitüren, Pfund von 45 Pfg. an.

Pfannkuch & Co.

Linden-Lichtspiele

Freitag, Sonntag und Montag, je abends 8 Uhr
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr

Die Nibelungen II. Teil: Kriemhilds Rache

Die Schülervorstellungen
finden am Freitag und Montag
nachmittags 4 Uhr statt.



Fußball-Verein

Wildbad.

Freitag abend 8 Uhr Mitglieder-Versammlung

im Gasthaus zum Ratskeller (Nebenzimmer).

Tagesordnung:

1. Neuwahl der Spielleitung.
2. Wahl der techn. Leitung der Athletik-Abteilung.
3. Verschiedenes.

Zahlreiche Beteiligung wird dringend erwünscht
Der Vorstand.

Geschäftseröffnung u. Empfehlung.

Der geehrten Einwohnerschaft von Wildbad und Umgebung mache ich hiermit bekannt, daß ich am hiesigen Plage im Hause des Herrn Joh. Waidelich, Chorlottenstr. Nr. 186 eine

Schreinerei

eröffnet habe und bitte um geneigten Zuspruch, Empfehle mich besonders auch im Aufpolieren sämtlicher Möbel und im Abziehen von Parkettböden.

Gotthilf Collmer,
Schreiner,
Rennbachstraße Nr. 213,
(Palmengarten)

Für die Fastnacht

empfehle ich in la. frischer Ware:

amerik. Schweinesfett (Kistenware)
per Pfund 95 Pfg.

Estol Trumf-, Nußbutter-, Blauband-
p. Pfd. 75 Pfg. 70 Pfg. 80 Pfg. 1 Mk.

Margarine

getrocknete Zwetschgen (Kistenware)
per Pfd. 50 und 60 Pfg.

getrocknete Zwetschgen Packetware Blochina
extra groß, per Pfund 80 Pfg.

Mischobst, per Pfd. 60 u. 80 Pfg.,
amerik. Dampfpäpfel, per Pfd. 90 Pfg.,
Apricosen, getrocknete, per Pfd. 1.60 Mk.,
frische italienische Eier, per Stück 14 Pfg.

Robert Treiber.

Geschäfts-Empfehlung.

Der geschätzten Einwohnerschaft von Wildbad und Umgebung, sowie den Herren Architekten zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich

Berschindlungen jeder Art

zur Ausführung unternehme; auch halte ich mich in sämtlichen in meinem Fach vorkommenden Arbeiten bestens empfohlen.

Albert Proß, Zimmergeschäft,
Wildbad-Windhof.

Rahma
MARGARINE
buttergleich

Der Küche Schatz!
Der Hausfrau Glück!
Das große Butter-Meistersstück!

1/4 Pfd. nur 50 Pfg. Kinderzeitung „Der kleine Coco“ gratis!

THALIA-THEATER

im Bahnhof-Hotel WILDBAD im Bahnhof-Hotel

Großes Sensations- und Abenteuer-Programm:

Mit dem interessanten 3. und 4. Teil.

Samstag, den 21. Februar, abends 8.15 Uhr

Sonntag, den 22. Februar,

Anfang 3 Uhr, 6 Uhr und 8 1/2 Uhr.

Montag, den 23. Februar, abends 8.15 Uhr

„Mit Stanley im dunkelsten Afrika“

Großer sensationeller Abenteuerfilm aus der Zeit des Sklavenhandels in 6 Episoden, 36 Akte

3. Episode: „Menschenjagd“

4. Episode: „Todesangst“

In den Hauptrollen:
GEORGE WALSH und LOUISE LORRAINE.

Ort und Zeit der Handlung:
New-York und der afrikanische Urwald in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhundert. Der Film führt uns in die unerforschten Gebiete Afrikas und zeigt uns den Urwald mit seinen Tieren und Schrecken, die Wüste mit ihren Gefahren und die Eingeborenen mit ihren Sitten und Gebräuchen.

Wissenschaftlich! Historisch!
Abenteuer wie Sensation!

Kommen! — Sehen! — Staunen!
Es kommen bei jedem Programm 2 Episoden zur Vorführung!